

Politisches System Schweiz

Vorlesung am Institut für Öffentliches Recht der
Universität Bern

Regierungen

Prof. Dr. Andreas Ladner
IDHEAP Lausanne

Sommersemester 2007

Regierung

Fragen:

- Was bedeutet das Kollegialitätsprinzip genau?
- Was ist der Hauptunterschied zwischen den kantonalen Regierungen und der Bundesregierung?
- Wie viele Bundesräte hatte die CVP bis anhin?
- Was bedeutet Konkordanz?

Dauerbrenner Kollegialitätsprinzip:

09.05.2005 -- Tages-Anzeiger Online

Schmid und Deiss kontern

Nachdem Bundesrat Christoph Blocher sich implizit gegen Schengen ausgesprochen und den Bundesrat kritisiert hat, bekräftigen Bundespräsident Samuel Schmid und Bundesrat Joseph Deiss die Geltung des Kollegialitätsprinzips.

11.05.2005 -- Tages-Anzeiger Online

Für mehr Transparenz im Bundesrat

Die Präsidenten von SVP und FDP sind der Ansicht, Bundesräte sollen öffentlich ihre Meinung äussern dürfen. Damit würde die Diskussion um Kollegialitätsprinzip und Indiskretionen entschärft.

Dauerbrenner: Regierungsreform

The screenshot shows a web page from the Swiss Confederation (CONFEDERATIO HELVETICA) dated December 14, 1994. The page title is 'BR-Klausur: Regierungsrichtlinien/Regierungsreform'. The content discusses a presentation to the Federal Council regarding a deep discussion on government guidelines and the reform of the government structure. It mentions that the Federal Council has decided to discuss the legislative goals of 1995-1999 and the further development of the government structure on December 14, 1994. The page also notes that the Federal Council will discuss the political focus points of the next legislature and the continuation of the current political framework. The page footer includes the Swiss Federal Chancellery's information service and the date 14. Dezember 1994.

Links:

- Konferenz der Kantonsregierungen: <http://www.kdk.ch/>
- Zusammensetzung der Regierungen in den Städten: http://www.stadt-zuerich.ch/internet/stat/home/publikationen/staedtestatistik/STST_2005.html
- Datenbank für Kantone und Städte: <http://www.badac.ch/>
- Vergleichende Regierungslehre: <http://fs-pw.uni-muenchen.de/fapo/de/downloads/wagschal/Vorlesung2.pdf>
- Der CH-Bundesrat: <http://www.admin.ch/ch/d/cf/index.html>

1. Regierung: Konzepte und internationale Verortung

Unterschiedliche Verwendung des Begriffs

- Im weitesten Sinne umfasst er die Verfassungsorgane eines Staates, die insgesamt das Regierungssystem bilden (Parlament und Regierung). → vgl. „government“
- Im engeren Sinne bezeichnet er jene Institution, der in Abgrenzung von anderen öffentlichen Gewalten (Gewaltenteilung) und politischen Funktionen (Opposition) das Regieren obliegt.

Vgl. Murswieck in Nohlen 2001: 427 ff.

Regierung = politisches Leitungszentrum

- Die Regierung leitet die Politik (Herbeiführung politischer Entscheidungen) und
- die Öffentliche Verwaltung (Durchführung politischer Entscheidungen).

Vgl. Murswieck in Nohlen 2001: 427 ff.

Unterschiedliche Systeme

- Präzidentialsystem (USA, F)
- Parlamentarisches System (GB, D, I, A)
- Mischsystem (CH)

Parlamentarische und Präzidentielle Systeme

Parlamentarisches System

- Parlamentsmehrheit bestimmt die Regierung
- Verliert die Regierungsfraktion die Mehrheit wird eine Vertreter der neuen Mehrheit mit der Regierungsbildung beauftragt oder es finden Neuwahlen statt
- Die Kontinuität dieser Vorgänge wird durch ein unabhängiges Staatsoberhaupt gewährleistet
- Die Einheit von Regierung und Parlament erlauben hohe Machtkonzentration
- Mehrheit der Regierung setzt Fraktionsdisziplin voraus
- Kontrollfunktion liegt bei der Opposition

Präzidentielles System

- Regierungschef ist gleichzeitig Staatsoberhaupt
- Regierungschef wird vom Volk gewählt
- Er kann vom Parlament nicht abgewählt werden
- Verhältnis von Parlament und Regierung ist geprägt durch gegenseitige Unabhängigkeit und Machthemmung (checks and balances)
- Präzident und Parlament müssen nicht gleicher Meinung sein
- Kontrollfunktion liegt beim Parlament

Mischsystem Schweiz

- Elemente des parlamentarischen Systems sind: Wahl der Regierung durch das Parlament
- Elemente des präzidentiiellen Systems: Unabhängigkeit des Bundesrates nach seiner Wahl

Interessierende Fragestellungen

- Regierungsorganisation
- Regierungsfunktionen
- Wahlverfahren
- Parteipolitische Zusammensetzung
- Stellung im politischen System

2. Regierungen in der Schweiz

2.1 Der Bundesrat

Das Team 03/04



Die parteipolitische Zusammensetzung des Bundesrates

Periode:	FDP	CVP	SVP	SP
1848 - 1890	7			
1891 - 1918	6	1		
1919 - 1928	5	2		
1929 - 1942	4	2	1	
1943 - 1952	3	2	1	1
1953 - 1958	3	3	1	
1959 - 2003	2	2	1	2
2003 -	2	1	2	2

Etappen zur Zauberformel - Konkordanz

- 17.12.1891: Joseph Zemp (CVP)
- 11.12.1919: Jean-Marie Musy (CVP)
- 13.12.1929: Rudolf Minger (SVP) als Ersatz für Scheurer im ersten Wahlgang mit 148 Stimmen
- 15.12.1943: Ernst Nobs (SP)
- 17.12.1959: Hans-Peter Tschudi (SP, BS, 129) und Willy Spühler (SP, ZH, 149)

Die 108 BundesrätInnen und ihre Parteizugehörigkeit

Partei		Anzahl BR
FDP		67
CVP		19
SPS		12
SVP		9
LPS		1
Total		108

Bundesrat

- Zählt seit der Gründung des Bundesstaates 1848 sieben gleichberechtigte Mitglieder, wobei eines davon das jährlich wechselnde Präsidium übernimmt
- Nach Artikel 174 BV: „oberste leitende und vollziehende Behörde der Schweiz“

BV: Art. 175 Zusammensetzung und Wahl

- 1 Der Bundesrat besteht aus sieben Mitgliedern.
- 2 Die Mitglieder des Bundesrates werden von der Bundesversammlung nach jeder Gesamterneuerung des Nationalrates gewählt.
- 3 Sie werden aus allen Schweizerbürgerinnen und Schweizerbürgern, welche als Mitglieder des Nationalrates wählbar sind, auf die Dauer von vier Jahren gewählt.
- 4 Dabei ist darauf Rücksicht zu nehmen, dass die Landesgegenden und Sprachregionen angemessen vertreten sind.

Der Bundesrat als Kollegialbehörde:

- Gleichberechtigung
- Ohne Zuschreibung für ein bestimmtes Departement gewählt
- Kein herausgehobener Regierungschef
- Gleiche Rechte und Pflichten an Diskussionen und Entscheidungen
- Prinzip der Nichtöffentlichkeit
- Gemeinsame Vertretung der Entscheide nach aussen ->

Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG), vom 21. März 1997

Art. 12 Kollegialprinzip

- 1 Der Bundesrat trifft seine Entscheide als Kollegium.
- 2 Die Mitglieder des Bundesrates vertreten die Entscheide des Kollegiums.

Stand am 25. April 2006

Departementalprinzip

- Jedes Mitglied des BR steht einem Departement vor. Hier besitzt es Kompetenzen, die es unabhängig vom Kollegium ausübt.
- Zwei unterschiedliche Rollen: Mitglied der Kollegialbehörde und Vorsteher eines Departements.
- Die Mitglieder einer Kollegialregierung können selbst in Angelegenheiten ihres eigenen Departementes überstimmt werden.

Kollegialitätsprinzip – zwei Probleme

Das Kollegialitätsprinzip beinhaltet zwei unterschiedliche Aspekte: Machtteilung gegen innen und gemeinsame Verantwortung gegen aussen.

Problembereich 1: Gemeinsame Entscheidungsfindung in der Kollegialbehörde.

Problembereich 2: Vertretung der Entscheidungen im Parlament und in Abstimmungskämpfen.

Zentrale Regierungstätigkeiten sind:

- Die Umschreibung der grundlegenden Ziele und Mittel staatlichen Handelns.
- Die laufende Beurteilung der Entwicklung im In- und Ausland.
- Die Aufstellung und Umsetzung von Richtlinien der Regierungstätigkeit.
- Die Leitung der Aussenpolitik.

Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVGO) aus dem Jahr 1997 konkretisiert:

An **erster Stelle** stehen nicht die Vollzugsaufgaben sondern die Regierungsobliegenheiten. Der Bundesrat nimmt diese Aufgaben vorrangig wahr indem er:

- die Ziele und Mittel seiner Regierungspolitik bestimmt,
- alle Massnahmen trifft, um die Regierungstätigkeit sicherzustellen,
- auf staatliche Einheit und Zusammenhalt des Landes hinwirkt,
- die föderalistische Einheit wahrt,
- seinen Beitrag leistet, damit andere Staatsorgane ihre Aufgaben nach Verfassung und Gesetz zweckmässig und zeitgerecht erfüllen können.

Vgl. Klöti 2002: 161

und weiter im RVGO

- In zweiter Linie: Rechtssetzung
- Drittens: Führung der Bundesverwaltung
- Viertens: Vollzug

- Und schliesslich: Information und Kommunikation mit der Öffentlichkeit

Teilfunktionen aus politikwissenschaftlicher Sicht (Klöti 2002: 161 f.)

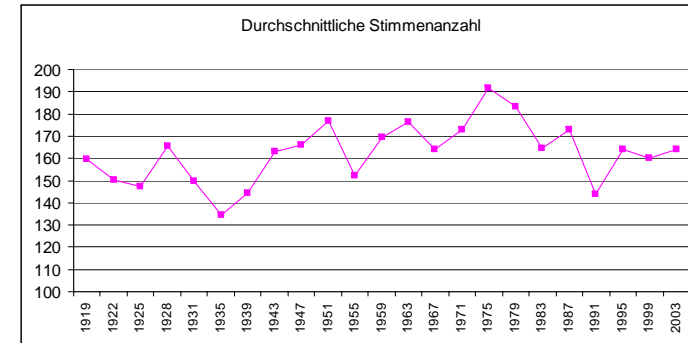
- Planung und Festlegung der Ziele staatlichen Handelns
- Koordination (horizontal: zwischen den Aktivitäten der sieben Departementen und der 70 Ämter; vertikal: zwischen den Föderativebenen; sowie: zwischen den verschiedenen Akteuren)
- Repräsentation (Integration nach Innen, Vertretung der Interessen nach aussen)
- Information der Öffentlichkeit

Einflussnahme des BR, in den verschiedenen Phasen des Politikprozesses

- **Politisierung**: agenda setting, gate-keeper
- **Vorparlamentarisches Verfahren**: BR organisiert Vernehmlassung, liefert Entwurf und Botschaft
- **Parlament**: BR ist Mitglied und durch Verwaltungsvertreter präsent in den vorberatenden Kommissionen, Rederecht im Parlament, Informationsvorsprung
- **Direkte Demokratie**: Festlegung der Abstimmungstermine, Verfassen der Abstimmungsbroschüre, eigene Kampagnen (!)
- **Konkretisierung**: weitgehend freie Hand bei der Verfassung von Gesetzesnormen, abschliessender Entscheid bei Verordnungen
- **Vollzug**: Sache des Bundesrats, allerdings eingeschränkt durch die Kantone.

Bundesratswahlen !

Gesamterneuerungswahlen des Bundesrates



Anzahl Mitglieder der Vereinigten Bundesversammlung

Jahr	NATIONALRAT	STÄNDERAT	BUNDESVERSAMMLUNG
1919-22	189	44	233
1922-31	198	44	242
1931-43	187	44	231
1943-51	194	44	238
1951-63	196	44	240
1963-79	200	44	244
ab März 1979	200	46	246

So tönt es nach der Wahl von Leuthard

- **Wieder eine aus dem Parlament**
Mit Nationalrätin Doris Leuthard ist erneut ein Mitglied des eidgenössischen Parlaments in den Bundesrat befördert worden. Auf diesem «Königsweg» hatten es letzthin auch Nationalrat Christoph Blocher und Ständerat Hans-Rudolf Merz geschafft. Die Bundesversammlung bleibt das bevorzugte Reservoir für Bundesräte und Bundesrätinnen: Von den bisherigen 109 Mitgliedern der Landesregierung seit 1848 gehörten zur Zeit der Wahl 90 einer eidgenössischen Kammer an, 58 dem Nationalrat, 32 dem Ständerat.
- Dass es auch anders geht, bewiesen 1999 Ruth Metzler und 2002 Micheline Calmy-Rey. Sie wirkten vor ihrer Wahl als Regierungsrätinnen. Bisher konnten aber nur 17 Kantonspolitiker und ehemalige eidgenössische Abgeordnete in den Bundesrat einziehen.
- Bloss zwei Persönlichkeiten schafften den echten Quereinstieg: 1961 Hans Schaffner als Direktor der Handelsabteilung und 1993 Ruth Dreifuss als Gewerkschaftsfunktionärin.

Wahlgänge

- Wurden zwischen 1962 und 1987 sämtliche Kandidaten im ersten Wahlgang gewählt, gelang dies in den letzten Jahren nur noch Bundesrat Villiger.
- Adolf Ogi und Hans-Rudolf Merz brauchten zwei,
- Ruth Dreifuss und Christoph Blocher drei,
- Ruth Metzler vier Wahlgänge.
- Moritz Leuenberger, Pascal Couchepin und Micheline Calmy-Rey wurden im fünften,
- Joseph Deiss und Samuel Schmid gar erst im sechsten Wahlgang gewählt

Jüngere Wahlen mit Nebengeräuschen

- **1959: Tschudi besiegt den offiziellen Kandidaten Bringolf (SP)**
- **1973: Ritschard anstatt Schmid (CVP: Hürlimann statt Franzoni; FDP; Chevallaz statt Schmitt)**
- **1983: Stich anstatt Uchtenhagen**
- 1984: Kopp für Friedrich, Hunziker unterliegt
- 1986: Koller und Cotti für Furgler und Egli
- 1987: Bestätigung BR, neu kommen Felber für Aubert und Ogi für Schlumpf
- 1989: Ersatzwahl für Kopp, es kommt Villiger
- 1991: Bestätigung BR, schlechtes Resultat
- **1993: Dreifuss anstatt Brunner, Matthey verzichtet**
- Sept. 1995: Leuenberger gegen Piller, Sticheffekt
- 1995: Wiederwahl Bundesrat: keine Probleme
- März 1998: Couchepin gegen Langenberger
- **März 1999: CVP-Wahl: Metzler und Deiss für Koller und Cotti**
- 1999: Gesamterneuerung: Angriff Blocher auf Leuenberger und Dreifuss
- **Juni 2000: Schmid anstatt Furrer oder Eberle**
- April 2002: Calmy-Rey gegen Lüthi und Bortoluzzi
- **2003: Blocher für die wiederkandidierende Metzler, Merz wird Nachfolger von Villiger, gegen Beerli**
- **Juni 2006: Nachfolge Deiss?**

Zweievorschläge:

- Um Desavouierungen vorzubeugen, neigen die Fraktionen heute dazu, mehrere Kandidaten aufzustellen und so dem Parlament eine Auswahlmöglichkeit zu bieten.
- Die **erste Doppelkandidatur** war diejenige der **SVP von 1979 mit Schlumpf und Martignoni**;
- danach folgten weitere (**Piller/Leuenberger**)- zuweilen gemischtgeschlechtliche - Zweiertickets (z.B. **Furrer/Eberle, Couchepin/Langenberger**).
- Besonders gross war das Angebot der CVP bei der Nachfolge von Koller (**Roos/Metzler**) und Cotti (**Durrer/Deiss/Ratti**).
- Werden mehrere KandidatInnen vorgeschlagen, so hat dies zur Folge, dass **mehr Wahlgänge** erforderlich werden.

2.2 Die kantonalen Regierungen

Charakteristika

- Volkswahl als Hauptunterschied zum Bundesrat
- Schwächere Stellung des Parlaments
- Kollegialbehörde
- Unterschiedliche Bezeichnungen
- 5 oder 7 Mitglieder
- (Noch) in fester Hand von CVP und FDP

Bezeichnungen

- Deutschsprachige Kantone: **Regierungsrat** (AI: **Standeskommission**, GR: **Regierung**)
- Gemischtsprachige Kantone (FR, VS) **Staatsrat** oder **Conseil d'Etat**
- Romanische Kantone: Conseil d'Etat (JU: **Gouvernement**, TI: **Consiglio di Stato**)

Felder (1993: 6)

Zahl der Mitglieder

- Früher eher grösser, heute 5 oder 7 Mitgl.
- 7: ZH, BE, UR, SZ, NW, GL, ZG, FR, BS, AR, AI, SG, VD, GE

Veränderung der Zahl der Mitglieder

- Abnahmen in jüngerer Zeit

BE	1990	9->7
LU	2003	7->5
OW	2002	7->5
NW	1998	9->7

Einführung Volkswahl

GE	1847	SO	1887	AG	1904	UR	LG - 1928 Urne
ZG	1848	BS	1889	LU	1905	GL	LG - 1971 Urne
BL	1863	SG	1890	BE	1906	NW	LG - 1996 Urne
TG	1869	GR	1892	NE	1906	AR	LG - 1997 Urne
ZH	1869	TI	1893	VD	1917	OW	LG - 1998 Urne
SH	1876	SZ	1898	VS	1920	AI	LG
				FR	1921		
				JU	1978		

Quelle: Felder 1992: 249 ff./Vatter 2002

Wahlverfahren

- Proporzwahlverfahren (ZG, TI)
- Majorzwahlen (alle anderen Kantone)

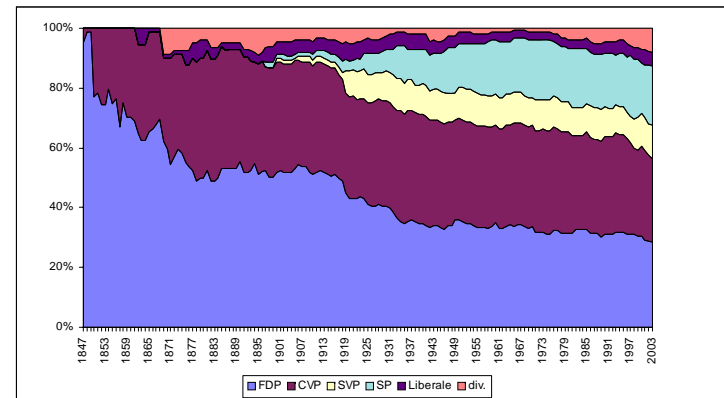
Wahl des Präsidenten

Wahlbehörde und Amtsdauer des Regierungspräsidenten (Oktober 2003)				
Kanton	Bezeichnung	Wahlbehörde	Amtsdauer	
Canton	Appellation	Organe d'élection	Période d'élec	
		Bezeichnung/Appellation	Typ / Mode	Jahre / années
AG	Landammann	Regierungsrat	Exekutive / Executive	1
AI	regierender Landammann	Landsgemeinde	Volk / People	1 ¹⁾
AR	Landammann	Volkswahl	Volk / People	4
BE	Regierungspräsident/Pdt du gouvernement	Grosser Rat/Grand Conseil	Parlament / Parlement	1
BL	Regierungspräsident	Landrat	Parlament / Parlement	1
BS	Regierungsratspräsident	Grosser Rat	Parlament / Parlement	1
FR	Präsident des Staatsrats/Pdt Conseil d'Etat	Grand Conseil/Grosser Rat	Parlament / Parlement	1
GE	président du Conseil d'Etat	Conseil d'Etat	Exekutive / Executif	1
GL	Landammann	Landsgemeinde	Volk / People	4
GR	Regierungspräsident	Grosser Rat	Parlament / Parlement	1
JU	président du Gouvernement	Parlement	Parlament / Parlement	1
LU	Schulthess	Grosser Rat	Parlament / Parlement	1
NE	président du Conseil d'Etat	Conseil d'Etat	Exekutive / Executif	1
NW	Landammann	Landrat	Parlament / Parlement	1
OW	Landammann	Kantonsrat	Parlament / Parlement	1
SG	Regierungspräsident	Kantonsrat	Parlament / Parlement	1
SH	Regierungspräsident	Grosser Rat	Parlament / Parlement	1
SO	Landammann	Regierungsrat	Exekutive / Executif	1
SZ	Landammann	Kantonsrat	Parlament / Parlement	2
TG	Regierungsratspräsident	Grosser Rat	Parlament / Parlement	1
TI	Presidente del Consiglio di Stato	Consiglio di Stato	Exekutive / Executif	1
UR	Landammann	Volkswahl	Volk / People	2
VD	président du Conseil d'Etat	Conseil d'Etat	Exekutive / Executif	1 ²⁾
VS	Pdt du Conseil d'Etat/Staatsratspräsident	Conseil d'Etat/Staatsrat	Exekutive / Executif	1
ZG	Landammann	Kantonsrat	Parlament / Parlement	2
ZH	Regierungsratspräsident	Regierungsrat	Exekutive / Executif	1

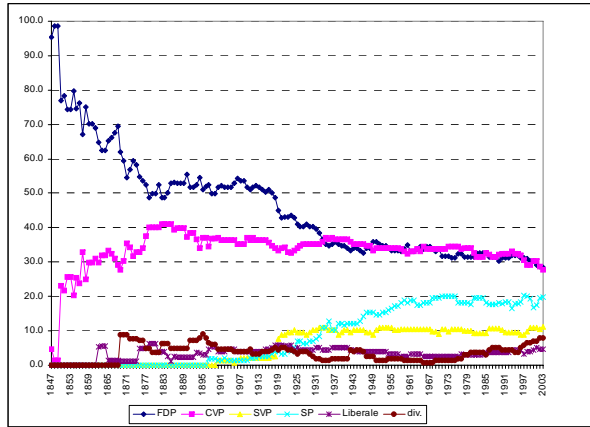
Quelle: Recherchen BADAC

1) kann maximal einmal wiedergewählt werden, 2) Entwurf für neue Kantonsverfassung; 2 Jahre

Vertretung der Parteien in den kantonalen Regierungen



Parteiververtretung in den kantonalen Regierungen (Anteil Sitze)



Kantonale Regierungswahlen 2001 – 2004: Mandatsverteilung nach Parteien und Geschlecht

Kanton	Wahljahr	FDP		CVP		SP		SVP		LP		Übrige 2)		Total	Frauen in %		
		Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer				
TOTAL																	
		11	32	4	40	14	19	4	15	3	3	1	12	37	121	158	23.4
Gemeinschaftsregion																	
Genève	2001	0	0	0	2	0	2	-	-	2	0	0	1	2	5	7	28.6
Valais	2001	0	1	0	3	0	1	-	-	-	-	-	0	5	5	-	-
Vaud	2002	1	1	0	0	1	1	0	1	0	1	0	1	2	5	7	28.6
Espace Mittelland																	
Basle	2002	1	1	-	-	1	1	1	2	-	-	-	-	3	4	7	42.9
Freiburg	2001	0	1	1	2	1	1	0	0	*	*	0	1	2	5	7	28.6
Jura	2002	0	0	0	2	1	1	-	-	-	0	1	1	4	5	20	-
Neuchâtel	2001	0	1	-	-	1	1	-	-	1	1	-	-	2	3	5	40.0
Solothurn	2001	1	1	0	1	0	2	0	0	*	*	-	-	1	4	5	20.0
Nordwestschweiz																	
Aargau	2004	0	1	0	2	0	0	0	1	-	-	0	1	0	5	5	-
Basel-Landsch.	2003	1	1	1	0	0	1	0	1	-	-	-	2	3	5	40.0	
Basel-Stadt	2004	0	1	0	1	2	1	0	0	0	1	0	1	2	5	7	28.6
Zürich	2003	1	1	0	0	1	1	1	1	*	*	1	0	4	3	7	57.1
Ostschweiz																	
Appenzel A.	2003	1	4	-	-	0	0	0	2	-	-	-	1	6	7	14.3	
Appenzel I.	2003	-	-	0	5	-	-	-	-	-	0	2	0	7	7	-	
Glarus	2002	1	2	0	1	0	2	0	1	*	*	-	1	6	7	14.3	
Graubünden	2002	0	1	0	1	0	1	1	1	-	-	-	1	4	5	20.0	
St. Gallen	2004	1	2	0	2	2	0	0	0	*	*	-	3	4	7	42.9	
Schaffhausen	2004	0	2	-	-	1	0	1	1	-	-	-	2	3	5	40.0	
Thurgau	2004	0	1	0	1	0	1	0	2	*	*	-	0	5	5	-	
Zentralschweiz																	
Luzern	2003	0	1	0	3	1	0	0	0	-	-	-	1	4	5	20.0	
Nidwalden	2002	1	2	1	2	-	-	-	-	-	-	1	2	5	7	28.6	
Obwalden	2002	1	0	0	4	-	-	-	-	-	-	-	1	4	5	20.0	
Schwyz	2004	0	2	0	3	0	1	0	1	*	*	-	0	7	7	-	
Uri	2004	0	2	1	2	0	1	-	-	-	0	1	1	6	7	14.3	
Zug	2002	0	2	0	2	1	0	0	1	*	*	0	1	1	6	7	14.3
TISSIN																	
TISSIN	2003	1	1	0	1	1	0	-	-	-	0	1	2	3	5	40.0	
Frauen in %		25.6	9.1	42.4	21.1	50.0	1.7	23.4									

Quelle: BIS.

Parteilpolitische Zusammensetzung

Kantonale Regierungswahlen 1996 – 2006

Mandatsverteilung nach Parteien

Partei	Ende 1999	Ende 2003	Ende 2004	Ende 2005	Apr 06
	(1996 – 1999)	(2000 – 2003)	(2001 – 2004)	(2001–2005)	(2001–2006)
FDP	47	43	43	44	41
CVP	51	47	44	44	42
SP	30	30	33	32	33
SVP	17	17	19	19	18
LP	6	7	6	4	4
GP	4	5	5	6	7
Übrige	7	9	8	9	11
Total	162	158	158	158	156

Wahlen berücksichtigt bis Mitte April 2006.

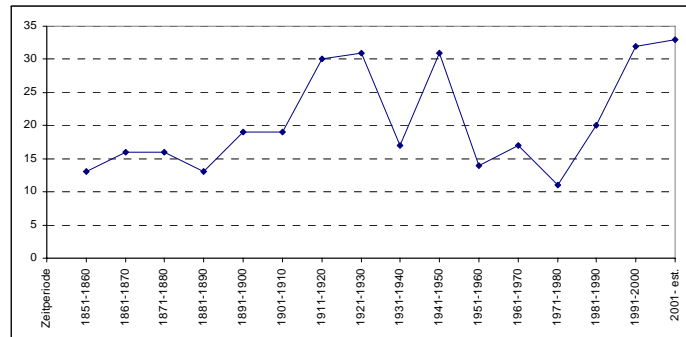
Statistik der kantonalen Wahlen; BFS/Institut für Politikwissenschaft Universität Bern

Typen von kantonalen Regierungen in den 1980er und 1990er Jahren

- Regierungen mit Hegemonialpartei (AI, AR, FR, bis 1981, LU, JU seit 1993, NW, OW, SZ, UR, VS, ZG bis 1982)
- Grosse Regierungskoalition (AG, BE ausser 1986-1990, BL, BS, FR seit 1981, GE bis 1993, GL, GR, JU bis 1993, NE ausser 1989-1993, SG, SO, SH, TG, TI, VD ausser 1996-1998, ZG seit 1982, ZH)
- Kleine Regierungskoalition (GE 1993-1997)
- Regierung ohne Parlamentsmehrheit (BE 1986-1990, NE 1989-1993, VD 1996-1998, GE 1997-2000)

Vgl. Vatter 2002: 87

Wechsel der Partezusammensetzung in kantonalen Regierungen



Determinanten der Regierungsstabilität

- Institutionelle Determinanten (z.B. Wahlsystem, Dauer Legislatur, Anzahl Regierungsmandate, Minderheitenschutz)
- Determinanten des Parteiensystems (Fraktionalisierung*, Polarisierung*, Volatilität*)
- Determinanten der Regierung (Zahl* und Wähleranteil* der Regierungsparteien)
- Ökonomische Determinanten (Veränderung Volkseinkommen, Veränderung Arbeitslosenzahl*)
- Soziokulturelle und sozio-strukturelle Determinanten (Sprache*, Konfession, Berufsstruktur, Einwohnerzahl, Urbanität)

* = signifikante bivariate Beziehung

Vgl. Vatter 2002: 94 ff.

2.3 Die Regierungen in den Gemeinden

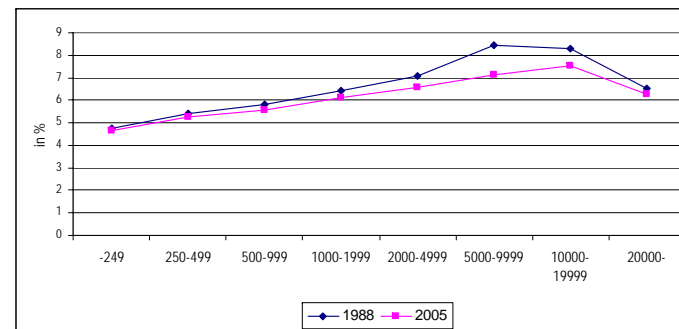
Charakteristika

- Anzahl Gemeinderäte: ca: 16'250
- Herausragender Stellung des Gemeindepräsidenten
- Praktisch ausschliesslich Milizämter
- Unterschiede bezüglich Grösse, Wahlort und Wahlverfahren
- 20 Prozent Parteilose

Grösse der Gemeindeexekutive (1988)

Anzahl Sitze	%	Anzahl Sitze	%
3	7.2	11	1.8
5	55.9	12	0.5
6	0.4	13	0.4
7	24.1	15	0.3
8	0.1	16-30	0.5
9	8.4		
10	0.2	Total	100
		N=	2428

Durchschnittliche Grösse der Gemeindeexekutiven 1988 und 2005, nach Gemeindegrösse



N = 1775 (nur Gemeinden, die an beiden Befragungen teilgenommen haben), Durchschnitt 2005: 5.86 Sitze, seit 1988 gingen knapp 2000 Sitze verloren

Wahlort der Gemeindeexekutive (1988)

	In %	Abs.
Urne	81.4	1984
Gemeindeversammlung	16.4	400
Parlament	2.1	52
Total	100	2438

Wahlverfahren für die Exekutive

	1988		1998	
	in %	abs.	in %	abs.
Majorz	71.6	1695	70.3	1654
Proporz	28.4	671	29.7	698
Total	100.0	2366	100.0	2352

Parteivertretungen in den Exekutiven

	1988	1994	1998	2005
FDP	23.4	22.6	23.0	21.7
CVP	25.8	23.7	20.5	17.6
SVP	18.9	17.7	18.1	16.8
SP	13.0	12.4	11.2	10.5
Andere	5.5	8.2	10.7	11.1
Parteilose	13.3	15.5	16.5	22.4
	100.0	100.0	100.0	100.0
N=	4952	4949	4934	4749

** Alle Gemeinden, die an allen vier Befragungen teilgenommen haben.*

Nur Gemeinden, die in allen drei Befragungen brauchbare Daten geliefert haben

Frauenanteil in den Gemeindeexekutiven

	1988	1994	1998	2005
Anzahl Sitze	14582	12354	14445	12744
Anzahl Frauen	1077	1684	2786	2789
Prozentanteil Frauen	7.4	13.6	19.3	21.9
Anteil Exekutiven ohne Frauen	62.3	38.9	26.0	19.6
Anzahl untersuchte Exekutiven (N)	2421	2069	2456	2176

2.4 Reformen und Ausblick

Bundesrat

- Reformbedarf: Kollegialitätsprinzip?
- Reformbedarf: Europatauglichkeit?
- Reformbedarf: Überlastung?
- Reformbedarf: Wahlverfahren?

Kantonsregierungen und Gemeinderäte

Steuern statt rudern!

2.5 Zusammenfassung

Zentrale Punkte: CH-Regierungen

- Konkordanzmässige Zusammensetzung
- Kollegialitätsprinzip
- Ressort-/Departementsprinzip
- Fest gewählt auf eine Legislatur
- Unabhängigkeit gegenüber Parlament